

Haushaltsrede

Haushaltsrede der stellv. Vorsitzenden Andrea Hosang der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

die Haushaltsdaten und somit die Haushaltslagen der kreisangehörigen Kommunen haben sich seit 2006 deutlich zum Positiven hin entwickelt und damit zu einer deutlichen Entspannung der Finanzsituation in diesem Jahr beigetragen. Der Kreis profitiert vom Steuerplus der Kommunen und darüber sollten wir froh sein. Politik und Verwaltung stimmen überein, dass dies eine dringend benötigte Phase des Luftholens ist, aber auch nicht mehr.

Sich entspannt zurück zu legen, dafür besteht nach meiner Auffassung keine Veranlassung; genau so wenig, wie alle Gestaltungsansprüche aus den Augen zu verlieren. Insofern ist den Ausführungen des Kämmerers bei der Einbringung des Haushaltes Anfang Januar d.J. inhaltlich zuzustimmen; zwar ohne Visionen vorgetragen, aber eben sachlich, nüchtern, ehrlich – eben so, wie dies von einem verantwortlichen Kämmerer auch zu erwarten ist.

Und es zeichnet den Kämmerer aus, dass er den Vorstellungen aus der Politik – wie in den lokalen Medien nachzulesen war -, die Kreisumlage noch um einen weiteren Prozentpunkt zu senken, eine deutliche Absage erteilt hat. Das war ja in der Vergangenheit nicht immer so.

Bevor ich mich zu einzelnen Punkten äußere, möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich im Namen meiner Fraktion insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Steuerungsdienstes bedanken, die mit beeindruckendem Engagement in den vergangenen Monaten große Anstrengungen unternommen haben, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Zurück zur politischen Arbeit

Politik und Verwaltung müssen sich – wie jedes Jahr zu den Haushaltsberatungen – fragen, ob sie ihren Aufgaben und Verpflichtungen in dem Umfang gerecht geworden sind, der ihrer Verantwortung entspricht.

Auf der Habenseite einer solchen Betrachtung steht für mich zweifellos die (Mit-)Initiative des Landrates zur Einrichtung einer Finanzstrukturkommission.

Nachdem die Verwaltungsspitze – aber auch die CDU-Fraktion – ihre anfänglichen Schwierigkeiten zum Rollenverständnis in diesem Gremium überwunden hatten, kann sich die Arbeit – mit substantieller Unterstützung der Gemeindeprüfungsanstalt durchaus sehen lassen.

Der Zwischenbericht ist hierfür eindrucksvoller Beleg.

Warum die FSK aber danach für mehrere Monate ihre Tätigkeit eingestellt hat, ohne sich über die ungeklärten Fragen wie die der RWE-Aktien, der mittel- und unmittelbaren Beteiligungen des Kreises weiter zu verständigen, ist für mich nicht verständlich. Die Chance einer Rückkopplung der Ergebnisse in die Fachausschüsse wurde verspielt; die Ausschüsse in ihrer Bedeutung degradiert.

Leider wurde am Beispiel „Wildwasser“ deutlich, dass entgegen der ursprünglichen Absprachen macht- und parteipolitische Interessen größeren Einfluss finden als sachliche Faktoren. Auf der Habenseite steht zweifelsfrei auch die Initiative des Landrates zum Zukunftsdialog des Kreises Unna; die Beteiligten aus allen Bereichen unserer Gesellschaft geben sich engagiert, kompetent und versprechen mehr als nur innovative Denkanstöße.

Die bisherigen Ergebnisse können sich nicht nur sehen lassen. Sie sehen über das „Erwarte-

te“ hinaus. Respekt auch für den Einsatz der Verwaltung.

Aber dies alleine reicht nicht aus. Ich habe in diesem Zusammenhang die Aussagen des Landrates zum Themenfeld „der Kreis Unna zwischen gestern und morgen“ sehr interessiert zur Kenntnis genommen: „Der Kreis Unna als Mustergarten am Ostrande des Ruhrgebietes“ mit Hinweisen auf alle Vorzüge gegenüber einer Metropole wie Dortmund. Diese Einschätzung ist durchaus loblich, reicht zur Identifikation jedoch nicht aus.

Der Kreis Unna ist außerhalb unserer Region nur bedingt wahrnehmbar; hier fehlen eindeutige Identifikationsmerkmale – auch in der Repräsentanz. Ich befürchte, das Wirken nach „innen“ wird dauerhaft der Interessenslage des Kreises Unna nicht gerecht werden.

Erlauben Sie mir eine persönliche Einschätzung, und zwar im Zusammenhang mit der Teilnahme bzw. eher Nichtteilnahme der beiden großen Fraktionen.

Ich möchte nicht soweit gehen und denen zustimmen, die am Rande der Präsentationsveranstaltung in Schwerte von einem Affront gegenüber dem Landrat gesprochen haben; aber wenn die Statt-Partei mit Marc Elsbeck genauso stark vertreten ist wie die CDU und die Grünen doppelt so stark wie die SPD-Fraktion zum Zukunftsdialog des Kreises Unna, dann stellt sich für mich die Frage, wie ernsthaft die beiden großen Parteien überhaupt an den Entwicklungsperspektiven für den Kreises Unna interessiert sind.

Auf der Habenseite gehört für mich auch die Tätigkeit der „Ausländerrechtlichen Beratungskommission“, die zwischenzeitlich geräuschlos ihre Arbeit aufgenommen hat.

Die öffentliche Diskussion mit harschen Kritikansätzen gegenüber der Ausländerabteilung hat merklich nachgelassen.

Dass die Ausländerbehörde ihre wohl massiven Vorbehalte im Vorfeld weitgehend überwunden hat, liegt insbesondere an der Art und Weise des Miteinanders und an den engagierten Mitstreitern mit Dr. Wiefelspütz an der Spitze.

Wir haben selten ein Gremium mit so konstruktiven Diskussionsbeiträgen und einem äußerst angenehmen, kooperativen Arbeitsklima gesehen; aber der Weg ist noch lang wie die aktuellen Beratungen zum Bleiberecht auf Landes- und Bundesebene erkennen lassen.

Wen es interessiert: in 2006 haben rd. 21.000 Menschen in der BRD einen Asylantrag gestellt. 251 Anträge wurden 2006 positiv entschieden und Sie alle kennen die Armutslage und die Bürgerkriegssituation weltweit.

Leider ist nach der vom Landrat in seiner HH-Rede vom 07.03.2006 angekündigten Initiative zur Realisierung von regenerativen Energieprojekten und dem Antrag der Grünen zum Aufbau einer kreisweit tätigen Energieagentur nicht viel geschehen, obwohl sich auf diesem Sektor im Kreis Unna selbst eine Menge bewegt.

Bislang leider ohne den Landrat und der Kreispolitik.

In anderen Regionen sind Kooperationsvereinbarungen zwischen Versorgern, Handel, Handwerk und Kommunen nicht nur in der Planung, sondern bereits in der Realisierungsphase.

Selbst die Beteiligung an Anlagen betreiben einzelne Kommunen mittlerweile nicht nur mit viel Herzblut, sondern mit ansehnlichen Gewinnen.

In unseren Gesprächen mit der GWA hatte ich den Eindruck gewonnen, dass mögliche Beteiligte nach der Ankündigung auf einen Aufschlag des Landrates gewartet haben und immer noch warten.

Schade, dass diese Initiative bereits nach wenigen Schritten droht, im Sand stecken zu bleiben.

Ich hoffe, Sie sehen es der Grünen Fraktion nach, dass sie heute mit einem weiteren – dezierten – Antrag zur Bildung einer kreisweit aufgestellten Gesellschaft für Energiesicherheit und Klimaschutz (GEK) aufwartet.

Meine Damen und Herren,

eine günstige und dauerhaft sichere Energieversorgungsgarantie gehört zukünftig zu den entscheidenden Standortfaktoren. Wir haben keine weitere Zeit zu verlieren. Dass man sich hierbei eine aktive Rolle der kreisweit agierenden Wirtschaftsförderungs-

schaft vorstellen kann, überrascht nicht. Entsprechende Signale der WFG fehlen leider bisher.

bleiben wir beim Thema WFG

Über arbeitsmarkt- und beschäftigungsfördernde Ansätze haben wir nicht nur in unserer letzten HH-Rede ausführlich gesprochen und neue Wege aufgezeigt, die Tätigkeiten quantitativ und qualitativ aufzuwerten. Selbst eine Kapitalaufstockung von rd. 5 Mio. € aus einem Teilverkauf der RWE-Aktion hatte nicht nur die grüne Fraktion, sondern auch die FDP als machbar eingeschätzt.

Insofern bin ich positiv überrascht, nun von der CDU gleichlautende Absichten zu vernehmen. Das Nebeneinander von kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und der Kreisgesellschaft besteht fort; durchaus mit Erfolg aber nicht optimal.

Und jetzt wurde auf der Ruhrgebietsebene auch noch eine regional weit operierende Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit Unterstützung des Landes ins Leben gerufen; der Kreis Unna ist auch hier involviert. Synergieeffekte sehe ich aktuell nicht und diese sind auch in Zukunft nicht zu erwarten.

Da – um mit den Worten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Heinz Steffen – zu sprechen, dieser Haushalt insbesondere dazu benutzt werden soll, Parallelstrukturen zu erkennen und aufzubrechen, wird meine Fraktion gespannt verfolgen, wie ernsthaft diese Aussage gemeint ist.

Weil ich gerade im Zusammenhang mit der WFG die RWE-Aktion angesprochen habe, möchte ich Ihnen gerne ein Zitat vortragen:

„Beim Kreis werden gegenwärtig ernste Überlegungen angestellt, sich von einem recht ansehnlichen Paket von Aktien zu trennen. Was damals kein Thema war, steht heute – unter dem vor allem durch die Explosion der Sozialhilfekosten verursachten Kostendruck des Etats – unter einem völlig anderen Licht. Wir müssen für nächstes Jahr einen ausgeglichenen Etat vorlegen und anschließend schrittweise unser Defizit abbauen.“ Originalzitat des Landrates, aber nicht von Michael Makiolla, sondern von Fritz Böckmann aus dem Jahre 1986.

Wie man sieht, ist man an diesem Thema nach wie vor „hart am Ball“.

Ich habe es eingangs gesagt:

Weshalb die Finanzstrukturkommission nicht die vergangenen Monate dazu genutzt hat, um dieses Thema vertiefend zu behandeln, ist für mich nicht ersichtlich. Der nun in der Presse von der CDU angekündigte Verkauf zum Schuldenabbau und dem Aufbau eines Kulturfonds ist durchaus diskutabel; aber meine Damen und Herren, das hätten wir mit Blick auf die Haushaltsanträge der grünen Fraktion in den letzten Jahren schon viel früher haben können.

Die Auffassung, dass die RWE in ihrem Geschäftsgebaren noch kommunale Interessen verfolgen und wir deshalb den Aktienbesitz halten müssen, erscheint ziemlich abenteuerlich.

Zum Thema Wildwasser:

Zweifelsfrei aus grüner Sicht ein Paradestück verantwortlicher Sozialpolitik von SPD und CDU.

Keine Sorge meine Damen und Herren,

ich werde meine Aussagen aus der Dezember-Kreistagssitzung zu den Rechtfertigungsversuchen der politischen Mehrheit an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen. Zum Einstieg nur so viel – am selben Tag haben wir in der Kreisausschusssitzung Ausgaben in sechsstelliger Größenordnung allein im Zusammenhang mit der Renovierung des Hansa Berufskollegs ohne einen einzigen Wortbeitrag abgenickt; wenig später hängt das Seelenheil des Kreisshaushaltes an ungeprüften „möglichen“ 20.000 € bei der Einsparung zur Therapierung missbrauchter Frauen und Kinder.

In weniger als 2 Wochen ist Wildwasser, um mit Ihren Worten zu sprechen, „abgewickelt“. Eine Fortsetzung der Therapieangebote soll nach meinen Informationen nicht mehr erfolgen, auch nicht durch das Frauenforum.

Meine Damen und Herren von SPD und CDU: Was ist aus Ihren Zusagen geworden, dass ohne Qualitätsverluste ein Übergang der Leistungsangebote von Wildwasser sichergestellt wird?

Diese Zusagen hat es durch das Frauenforum und den Kinderschutzbund nie gegeben! Stimmt dies, ist im Kreistag von unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen worden. Leider haben ja noch nicht einmal die eindeutigen Aufforderungen der Kirche durch die Superintendentin Frau Muhr-Nelson in ihrem Schreiben vom 07.12.06 bei Ihnen eine Wirkung hinterlassen.

Ich möchte aus diesem Brief die beiden letzten Absätze zitieren:

„Dass SPD und CDU in einem großen Schulterschluss eine notwendige und sinnvolle Arbeit beenden, ohne die Beteiligten und Betroffenen vorher ernsthaft anzuhören, sich mit den tatsächlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten vertraut zu machen und eingehend mögliche weiterführende Konzepte zu prüfen, halte ich für ausgesprochen bedenklich. Diese Vorgehensweise macht Frauen, die besondere Unterstützung und Begleitung brauchen, um ihre Gewalterfahrungen zu verarbeiten sowie Kinder und Jugendliche, die eines besonderen Schutzes bedürfen, zu Opfern machtpolitischer Ränkespiele.“

Das halte ich für ausgesprochen unwürdig für unseren Kreistag und schädlich für unsere Demokratie.

Verantwortliche Sozialpolitik sieht anscheinend nicht nur für die Grünen anders aus.

Dass dies kein Einzelfall ist zeigt das nächste Beispiel:

ADU

Illegale Drogenpolitik war jahrelang wesentlicher Teil der Kreispolitik, und als solcher Teil der Ordnungspolitik.

Die Nähe zum Kreis war für alle Beteiligte unstrittig und gewollt.

Im Jan. d.J. wird der SPD-Fraktionsvorsitzende Heinz Steffen in der WR mit den Worten zitiert: „wir können uns nicht mehr leisten, für jedes Spezialproblem eine Speziallösung anzubieten“. Ja, ich denke, genau das ist unsere Aufgabe; dafür wurden wir gewählt, Herr Steffen.

Nun haben wir eine Diskussion „Synergieeffekte durch Suchtagenda“ – Zusammenfassung von legalen und illegalen Drogen. Sparen um des Sparens Willen. Dass die Zusammenfassung in anderen Gebietskörperschaften sich als durchaus problematisch darstellt, wird ausgeblendet.

Aber sei es drum – entweder bleibt es eine Aufgabe des Kreises – und dann machen wir es zur Not alleine und finanzieren es für die Kreisumlage oder wir glauben, dass externe Strukturen und Trägerschaft zielführender sind.

Dann regeln wir dies durch detaillierte Verträge. Aber der angedachte „Mischmasch“ ist inkonsequent und ineffektiv. Politik hat somit auch was mit Mut und Konsequenzen zu tun.

Seien Sie mir an dieser Stelle für meine Feststellung nicht böse; aber die Anträge der beiden großen Fraktionen für diesen Haushalt sind nach meiner Auffassung ziemlich ernüchternd.

Meine Damen und Herren,

ganz Europa wird in 2010 unter dem Stichwort „Kulturhauptstadt Europas“ in diese Region schauen – und wir haben durchaus was zu bieten. Für uns Grüne gehört hierzu zweifelsfrei auch das „Welttheater der Straße“, das „Tanztheater Schwerte“ und das Kinofestival in Lünen“. Genau aus diesem Anlass haben wir für den jetzigen Haushalt einen Antrag auf Förderung gestellt. Ebenfalls für die Übertragung der Aufgaben der Verbraucherberatung auf den Kreis.

Das aktuelle Angebot ist weder ausreichend in den Standorten noch wird es den Anforderungen der Menschen im Kreis gerecht, die in eine prekäre wirtschaftliche und damit auch soziale Situation geraten sind. Dass diese Zahl stetig gestiegen ist, dürfte Ihnen nicht verborgen geblieben sein. Die Grüne Fraktion möchte Beratungs- und Hilfsangebote vor Ort; d.h. also auch in Bönen, Schwerte oder Fröndenberg.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir heute die Verwaltung gemeinsam beauftragten könnten, in diese Richtung mit allen Beteiligten kurzfristig das Gespräch zu suchen.

Zum Kreisbauhof

Meine Damen und Herren,

wir sind in den vergangenen Jahren zu einer Anzahl von Kooperationsvereinbarungen mit den kreisangehörigen Kommunen in den verschiedensten Handlungsfeldern gekommen. Alle diese Absprachen haben sich bewährt.

Wenn jetzt von der kommunalen Ebene der Wunsch, das Angebot oder die Forderungen erhoben wird, die Aufgaben des Kreisbauhofes mit übernehmen zu können, so erscheint es gerechtfertigt, sich einem konstruktiven – ergebnisoffenen – Dialog nicht zu verschließen.

Fakt ist, wir brauchen auf Kreisebene keine 11 Bauhöfe. Es reichen 3 mittlere, verteilt auf das Kreisgebiet aus – und wenn der Kreisbauhof dabei sein sollte aufarund seiner zentralen Lage.

ist es mir auch recht.

Um parallele Strukturen kritisch zu hinterfragen ist manchmal auch ein unkonventioneller Antrag hilfreich, um aus der Phase der Sprachlosigkeit heraus zu kommen. Wenn sich die Kommunen nicht bewegen, machen eben wir den ersten Aufschlag. Vielleicht hilft uns ja die Vergabe eines abgestimmten, gemeinsam akzeptierten Gutachtens mit den kreisangehörigen Kommunen auf dem Weg zu einer optimalen Lösung weiter.

Dass für uns „Grüne“ die Themenfelder „Kündigungsschutz, Bestandsgarantien, Mitwirkung des Personalrates“ usw. an dieser Stelle eine besondere Beachtung verdienen, bevor eine Entscheidung getroffen wird, ist selbstverständlich.

In diesem Zusammenhang passt natürlich auch die Diskussion zum Ausbau des Feuerwehrservicezentrums an der B 1/A 1. Meine Fraktion steht an der Seite der Feuerwehr und unterstützt deren Planungen nachhaltig nach der Devise „so schnell als möglich“. Eine Kopplungsnotwendigkeit mit der Standortplanung des Kreisbauhofes sehen wir nicht und lehnen diese Überlegungen ab.

Natürlich erwarten wir von Ihnen auch heute keine abschließende Zustimmung zu unserem Antrag zur Einführung einer Sozialkarte für den Kreis. Unser Ziel ist es, den einkommensschwachen Mitbürgern den Zugang zu Weiterbildungs-, Kultur- und Sportangeboten und zum öffentlichen Personennahverkehr zu erleichtern oder zu ermöglichen. Unser unmittelbarer Einfluss beschränkt sich aktuell auf die Kreisbeteiligungen; bietet jedoch eine substantielle Basis für kreisweite Lösungen.

Dieser Antrag ist in Zusammenarbeit mit Marc Elsbeck, Statt-Partei, entstanden. Für diese notwendigen Gespräche mit den kreisangehörigen Kommunen über den Landrat bitten wir um Ihre Unterstützung.

Dies gilt auch für unseren Antrag zur Förderung der Biologischen Station in Bergkamen-Heil. Die Bedeutung der Biostation ist unstrittig. Meine Fraktion möchte die Leistungsfähigkeit und damit die Existenz der Biostation sicherstellen, auch wenn die Landesförderung weiter zurückgefahren wird; hierzu gehört eine notwendige Grundversorgung an Personal.

Wegbrechende Landesmittel aufzufangen, widerstrebt uns allen – aber das Kernstück des Naturschutzes im Kreis Unna aufzugeben, sollte uns jede Anstrengung wert sein.

Ich komme zum Ende.

Meine Damen und Herren,

meine Fraktion wird diesem Haushalt nicht zustimmen; aber nicht, weil die Verwaltung elementare Fehler oder Fehleinschätzungen in ihrem Entwurf hätte erkennen lassen.

Dieser Haushaltsentwurf ist formal der Entwurf der Verwaltung und beinhaltet eine Vielzahl von Ansätzen, die durchaus die Unterstützung der Grünen finden, aber er ist natürlich auch ein politischer Haushalt, der einer politischen Mehrheit bedarf.

Die Erfahrungen aus den letzten Haushaltsberatungen der letzten Jahre und die Wahrnehmungen in diesem Jahr haben nicht nur bei mir den Eindruck verstärkt, dass es Teilen der Politik nicht immer vordringlich um die Interessen des Kreises geht.

Machtspielchen und Machtspiele ersetzen keine verlässliche Politik.

Unsere Ablehnung – wenn unsere Anträge nicht durchkommen – werden wir auch als diesbezügliches Signal. Der Haushalt enthält keine grünen Elemente und ist sozial nicht ausgewogen.

Ich denke, die Grünen haben Anträge gestellt, die hier Ausgleich schaffen. Wir werden sehen, was hiervon umgesetzt werden kann oder den parteipolitischen Überlegungen zum Opfer fällt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit